Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5947**

16. Wahlperiode 04. 07. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Hans-Kurt Hill, Eva Bulling-Schröter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/3695 –

Kein Börsengang der Ruhrkohle AG – Bei der Zukunft des Steinkohlebergbaus soziale und ökologische Aspekte berücksichtigen

A. Problem

Ablehnung des Börsengangs des nicht dem Bergbau zugerechneten sogenannten weißen Bereichs der Ruhrkohle AG und einer Trennung vom schwarzen Bereich; den Rückbau des Steinkohlebergbaus sozialverträglich gestalten: Erhaltung der Bildungskapazitäten der RAG-Bildung, keine betriebsbedingten Kündigungen, Grundfördermenge bei Steinkohle erhalten, in Kohlebergbauregionen ein Ansiedlungsprogramm im Bereich erneuerbarer Energien auflegen und die Förderung in diesem Bereich aufstocken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/3695 abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2007

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn Vorsitzende	**Kerstin Andreae** Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Kerstin Andreae

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/3695** wurde in der 101. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Mai 2007 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsauschuss, Ausschuss für Arbeit und Soziales und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Fraktion DIE LINKE. sieht in einem möglichen Börsengang des weißen Bereichs der Ruhrkohle AG durch die offene Frage der Finanzierung der Ewigkeitskosten Gefahren für den Steuerzahler sowie durch einen möglichen Verkauf der Wohnungen aus dem RAG-Bestand und durch die Abtrennung einen Angriff auf die sozialen Standards der Arbeitnehmer. Die Antragsteller lehnen daher eine Trennung des weißen vom schwarzen Bereich sowie einen Börsengang des nicht dem Bergbau zugerechneten Bereichs ab. Außerdem soll die Einstellung des Steinkohlebergbaus ohne betriebsbedingte Kündigungen organisiert werden. Die Arbeitnehmer in den betroffenen Bereichen sollen einen Teil ihrer Arbeitszeit für Weiterbildungen nutzen können. Dies soll auch aus den Subventionen für den Steinkohlebergbau mitfinanziert werden. Eine Grundfördermenge an heimischer Steinkohle soll erhalten bleiben. Die Fraktion DIE LINKE. vertritt die Auffassung, dass die Folgekosten des Steinkohlebergbaus nicht genug berücksichtigt wurden und fordert daher nachprüfbare Zahlen über die Höhe der Ewigkeitskosten. Ferner sollen durch ein Ansiedlungsprogramm im Bereich der erneuerbaren Energien die Kohlebergbauregionen gestärkt werden. Schließlich sollen die Mittel zur Förderung im Bereich der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 jährlich um 100 Mio. Euro aufgestockt werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 16/3695 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 46. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage in seiner 53. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 41. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/3695 in seiner 40. Sitzung am 20. Juni 2007 abschließend beraten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, dass es nicht nur um die Zukunft der Bergbauleute gehe, sondern vielmehr um große Teile des Ruhrgebiets. Die Frage, die sich stelle, sei, wie man in dieser schwachen Region zukunftsfähige alternative Arbeitsplätze schaffen könne.

Die **Fraktion der FDP** merkte an, dass die NRW-Landesregierung bereits dabei sei, den Strukturwandel mit Investitionen in Forschung zu begleiten. Die Zeit für ein Steinkohlegesetz dränge und man hoffe bis Ende dieses Jahres auf eine gesetzliche Grundlage.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU** und **SPD** betonten, dass der Antrag weitestgehend überholt sei. Es sei die Aufgabe der Landesregierungen, für die Bergbauregionen entsprechende Strukturmaßnahmen vorzubereiten. Der Börsengang stelle die Sozialverträglichkeit erst her und sei die beste Garantie für dauerhaft unsubventionierte Arbeitsplätze in diesen Regionen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/3695 zu empfehlen.

Berlin, den 20. Juni 2007

Kerstin Andreae
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333